

4 Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichsgesetzes zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G9 – BAG-G9)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4832

Ausschussprotokoll 17/594

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) betont, der Umstieg von G8 auf G9 ziehe selbstverständlich erhebliche Kosten nach sich, bei denen man die Kommunen nicht im Regen stehen lassen dürfe, sondern mit dem Gesetz erhebliche Mittel zur Verfügung stelle. Dabei beschreibe das Gesetz bereits sehr detailliert die mögliche Verteilung. Im Zusammenspiel mit den kommunalen Spitzenverbänden werde man den Wechsel damit gut vollziehen können.

Christian Dahm (SPD) unterstreicht, die tatsächlichen Kosten ließen sich gar nicht beziffern, wie sich auch aus der Anhörung ergebe, sodass die kommunalen Spitzenverbände die Sorge hätten, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen. Das Gutachten erhalte lediglich eine Prognose, bei der man allerdings auch die immer weiter steigenden Baukosten sowie die steigenden Schülerzahlen berücksichtigen müsse. Seine Fraktion halte die bereitgestellten Mittel daher für nicht ausreichend und werde sich enthalten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) konstatiert, man bemühe sich auf hohem Niveau um einen Ausgleich der Kosten, wobei verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen Bedenken in Bezug auf die Auskömmlichkeit äußerten, weshalb sich auch seine Fraktion enthalten werde.

Henning Höne (FDP) stellt fest, die Kostenfrage betreffe die Kommunen als Schulträger ganz massiv. Das Gutachten könne sicherlich nicht für alle Städte und Gemeinden die exakten Kosten berechnen; gleichwohl wisse er keinen besseren Weg. Schwierigkeiten tauchten vermutlich auch bei den Abschreibungen mit Blick auf die unterschiedliche Buchführung auf. Er begrüßt die trotzdem erfolgte grundsätzliche Einigung sowie die Zusage, die weitere Kostenentwicklung im Blick zu behalten.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, ein gewisses Maß an Unsicherheit müsse man schlichtweg akzeptieren. Die kommunalen Spitzenverbände hielten das Vorgehen der Gutachter in der Anhörung gleichwohl für nachvollziehbar. In sehr vielen Bewertungen stimmten Land und Kommunen überein. Insofern kritisiere er insbesondere die Enthaltung der SPD-Fraktion.

Jochen Ott (SPD) erläutert, zwar handele es sich um den Versuch eines objektivierte Verfahrens für das gesamte Land, die der Städtetag begrüße. Gleichwohl lasse sich

für Kommunen mit besonders starkem Bevölkerungswachstum schon jetzt errechnen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen. Die Erfahrung in Süddeutschland zeige zudem, dass im Laufe der Zeit deutlich höhere Kosten entstünden.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

59. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen | 7 |
| Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4794 | |
| Stellungnahme 17/1365 | |
| Stellungnahme 17/1322 | |
| Stellungnahme 17/1380 | |
| Stellungnahme 17/1361 | |
| Stellungnahme 17/1358 | |
| Stellungnahme 17/1382 | |
| Stellungnahme 17/1356 | |
| Stellungnahme 17/1340 | |
| Stellungnahme 17/1331 | |

Stellungnahme 17/1349
Stellungnahme 17/1353
Stellungnahme 17/1352
Stellungnahme 17/1371
Stellungnahme 17/1359
Stellungnahme 17/1368
Stellungnahme 17/1369
Stellungnahme 17/1366
Stellungnahme 17/1360
Stellungnahme 17/1350
Stellungnahme 17/1344
Stellungnahme 17/1364
Stellungnahme 17/1362
Stellungnahme 17/1336

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2158

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Antrag abzulehnen.

2 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

Ausschussprotokoll 17/598

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

3 NRW muss seine Lehrkräfte verlässlich mit digitalen Arbeitsgeräten ausstatten 11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4796

Ausschussprotokoll 17/595

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

4 Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichsgesetzes zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G9 – BAG-G9) 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4832

Ausschussprotokoll 17/594

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen 20

Vorlage 17/1831
Vorlage 17/1832

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6464

Ausschussprotokoll 17/635

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Änderungsantrag abzulehnen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, der Vorlage 17/1831 zuzustimmen.

6 Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau wieder einführen 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6268

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

- 7 Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte** **27**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6267
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.
- 8 Vielfalt der Nahmobilität in Nordrhein-Westfalen nutzen – Infrastruktur ausbauen, Rahmenbedingungen verbessern und die Intermodalität stärken** **28**
- Antrag
der Fraktion der CDU und der
Fraktion der FDP
Drucksache 17/6246
- Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.
- 9 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** **29**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5977
- Der Ausschuss kommt überein, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem federführenden Integrationsausschuss am 3. Juli 2019 in Fraktionsstärke zu votieren.
- 10 Verschiedenes** **30**